

Liebe Mitglieder der Unabhängigen,
sehr geehrte Interessierte,

Februar 2023

auch in diesem Monat möchten wir Sie mit unserem Infobrief aus dem Kreistagsbüro wieder über die politische Arbeit der Unabhängigen im Landkreis Hildesheim auf dem Laufenden halten.

Unabhängige in Diekholzen

Die Unabhängigen haben für die Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt am 06.02.2023 den Antrag zur Anschaffung und Einführung einer Ort-App für die Gemeinde Diekholzen eingereicht.

Sie beantragen eine App für die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde bereitzustellen, die auf Smartphones und Tablets läuft, die das digitale Angebot für die Bürgerinnen und Bürger effektiv ergänzt. Diese App soll keinesfalls den normalen Internetauftritt der Gemeinde ablösen, sondern ergänzen.

Der primäre Fokus liegt hierbei auf der Möglichkeit, in Notfällen alle Nutzer der App sofort und unkompliziert via Push-Nachricht benachrichtigen zu können und andererseits darauf, dass auch ältere Mitbürger mittlerweile sehr gut mit Smartphones ausgestattet sind, bedingt durch die klassischen Messenger Dienste wie WhatsApp und Co. die familienintern genutzt werden. Ältere Benutzerinnen und Benutzer starten weniger gezielt einen PC oder steuern mit dem Smartphone über einen Browser Webseiten an die eine Navigation erfordern, sind aber mit der Bedienung einer Smartphone App durchaus vertraut, da eine App wesentlich einfacher bedienbar ist.

Aus Erfahrung wissen die Unabhängigen in Diekholzen, dass bei bestimmten Ereignissen wie z.B. einem Wasserrohrbruch das Telefonie Aufkommen in der Gemeindeverwaltung schlagartig steigt. Wenn die Verwaltung die Möglichkeit hat, per Pushnachricht in Echtzeit Meldungen herauszugeben, wäre hier eine effektive Entlastung möglich, die kein anderes Medium bietet. Es gibt weitere unzählige Anwendungsfälle die mit Push-Nachrichten das tägliche Leben erleichtern.

Eine App ist für jede Generation besonders einfach zu bedienen und läuft auf allen Android und iOS-Geräten, ist aber in der vorgeschlagenen Lösung, automatisch auch als klassische Webseite aufrufbar, die dann in den vorhandenen Internetauftritt der Gemeinde integriert werden kann. Die App hat eine umfangreiche Benutzerverwaltung, mit der es sogar möglich wäre, den Vereinen und Verbänden der Gemeinde die Möglichkeit zu geben, gegen einen geringen monatlichen Aufpreis von 10 Euro je Verein, selbst Inhalte einzustellen und so gemeindeweit zu Verfügung zu stellen.

Die Bereitstellung und auch die Updates der App findet über den offiziellen App-Store von Apple bzw. Play-Store von Android statt. Das ist der Hauptgrund, warum sie vorschlagen, einen professionellen Anbieter für die App zu nutzen, da hier entsprechende Prüfungen seitens Apple und Google für die notwendige Sicherheit sorgen.

Die Unabhängigen haben sich mehrere verschiedene App Anbieter angeschaut und haben versucht bereits im Vorfeld dieses Antrags eine Lösung mit einem guten Preis-Leistungsverhältnis zu finden und vorzuschlagen. Es sei erwähnt, dass es neben kommerziellen Anbietern auch durchaus kostenlose Angebote gibt, diese bieten jedoch wenig oder gar keinen Support, sind vielfach bedienerunfreundlich oder nur sehr rudimentär aufgebaut. Diese Apps müssen dann manuell installiert werden und können nicht über die klassischen Stores bereitgestellt und auch aktualisiert werden, was die Akzeptanz bereits im Vorfeld massiv herabsetzen würde.

Ziel dieses Antrags ist, eine Lösung vorzuschlagen, die professionell und sicher ist, einfach in der Bedienung, ausbaufähig aber auch keine großen Kosten verursacht. Die Unabhängigen haben daher Vorarbeit geleistet, um nicht einfach die Verwaltung zu beauftragen sich darum zu kümmern, das passende Produkt zu finden.

Bei den Tests und Recherchen sind sie auf den Anbieter apicodo GmbH aus Mainz gestoßen, der die „Orts App“ anbietet. (<https://www.orts-app.de>) In einer Live-Demo und einem Testaccount haben sie diese App getestet.

Einstimmig hat der Ausschuss empfohlen mit der Firma einen 2-jährigen Vertrag zu schließen. Die Firma hat sich Fördermittel aus einem Bundesprogramm gesichert, so dass die Gemeinde ca. 3.000 € Eigenanteil zu tragen hat.

Unabhängige in Elze

Die Unabhängigen in Elze sind der Meinung, dass Menschen und insbesondere Familien im öffentlichen Raum die höchste Priorität genießen müssen. Das gesellschaftliche Leben und die Begegnung von Menschen in der Stadt sollen gefördert werden. Kraftfahrzeuge sind nachrangig einzustufen. Der Durchgangsverkehr muss reduziert werden.

Der Schwerlastverkehr muss in der Hauptstraße bis auf das absolute Minimum untersagt werden. Daraus resultieren weniger Abgas, weniger Lärm und Feinstaub, mehr Lebensraum und Platz; z. B. für Fahrräder.

Herausforderungen sind hierbei die gute Erreichbarkeit des Bahnhofs und des Edeka-Marktes.

Anfangsüberlegungen der Unabhängigen, die diskutiert werden können:

- Hauptstraße vom Kreisel bis zur Bahnhofstraße als Einbahnstraße, Fahrtrichtung zur Bahnhofstraße
- Oberhalb des Kreisels Richtung Wülfigen werden Parkplätze eingerichtet, evtl, Nutzung von Parkplätzen bei „Hol Ab“ prüfen
- Fahrradfahrer dürfen entgegen der Fahrtrichtung Richtung Hanlah fahren
- Höchstgeschwindigkeit 30 km/h
- An der Ampel Schuhstraße abknickende Vorfahrt Richtung Süden, dadurch wird der Verkehr nochmals verlangsamt. Die Ampel könnte eventuell abgebaut werden.
- An der Tankstelle abknickende Vorfahrt Hauptstraße Richtung Sehlde, so wird auch da der Verkehr aus Süden verlangsamt und unbequemer
- Gegenläufige Fahrtrichtung durch den Heilswannenweg mit Höchstgeschwindigkeit 30 km/h. So wird das ständige Ausweichen und Anhalten/Losfahren vermieden. Die Kinder müssen nur noch auf den Verkehr aus einer Richtung achten und auch hier entstünden weniger Emissionen.

Unabhängige in Hildesheim

Redebeitrag aus der Ratssitzung am 13. Februar 2023 von Erdinc Parlak zum Gefahrenabwehrzentrum

Die Unabhängige Fraktion im Rat der Stadt Hildesheim befürwortet den Bau der Gefahrenabwehrzentrum (GAZ). Dennoch ein Kritikpunkt zur geplanten Vergabeform.



Die Vergabe des Projekts an einem Totalunternehmer lässt leider wieder mal die Hildesheimer Handwerksbetriebe außen vor. (Beispiel Hohnsen Grundschule 2018). Die Totalunternehmer bringen ihre Ausführungsbetriebe im Schlepptau aus der ganzen Republik mit. Für die Hildesheimer Betriebe bleiben meist nur die Krümel der Torte über. Einzelgewerkvergaben würden die Chancen für die örtlichen Handwerksbetriebe erheblich steigern, auch einen lukrativen Auftrag vor der Haustür abwickeln zu können. **Bringmann** und **Parlak** stimmen für die Verwaltungsvorlage und gegen den CDU-Änderungsantrag Wir, die Unabhängigen, sehen alle 9 geplanten Module für sinnvoll und notwendig an. Wir vertrauen der Experten-Ausarbeitung, wie ein leistungsstarkes und zukunftsorientiertes Gefahrenabwehrzentrum aussehen muss. Zu den hohen Investitionskosten möchte ich an dieser Stelle folgendes anmerken: Auch wenn die hohe Investitionssumme in den nächsten Jahren richtig wehtun wird, ist es gut angelegt! Gut angelegt in die Zukunft und Sicherheit in die jetzigen und der folgenden Generationen. Um optimale, zeitgemäße und professionelle Arbeitsbedingungen für Menschen, die für unsere Sicherheit da sind, zu schaffen, ist jeder einzelner Euro die Investition wert. Ich möchte an alle Akteure appellieren das Hildesheimer ‚Jahrhundert-Projekt‘ positiv zu begleiten mit dem Motto: Wir schaffen das-Hildesheim schafft das!
gez. Erdinc Parlak

Der Rat der Stadt Hildesheim hat folgenden Änderungsantrag der Gruppe SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE PARTEI, der Gruppe Die Unabhängigen/FDP und der Fraktion Die LINKE zur Vorlage 23/075 Dammstraße in seiner Sitzung am 20.02.2023 beschlossen:

Sachverhalt: Der Umgang mit der historischen Brücke sowie die Frage der Verkehrsbeziehung der Dammstraße sind von zentraler Bedeutung. Um eine fundierte Entscheidung treffen zu können, ist eine Einschätzung von Expert*innen notwendig. Daher wird der Beschlussvorschlag der Vorlage 23/075: „Dammstraße - weiteres Vorgehen und Information sowie Beteiligung der Öffentlichkeit“ wie folgt geändert.

Beschlussvorschlag:

1. (ungeändert, wie in Vorlage 23/075)

Der Rat behält sich die Beschlussfassung gem. § 58 Abs. 3 S. 1 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vor.

2. (neu, ersetzt Beschluss unter 2. der Vorlage 23/075)

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, unter Einbeziehung regionaler und überregionaler Expert*innen in zwei der Öffentlichkeit zugänglichen Veranstaltungen (Symposien) die relevanten Fragen zum weiteren Vorgehen zu erörtern. Räumlichkeiten für eine breite Teilnahme der Bevölkerung sind zu gewährleisten. In der ersten Veranstaltung soll es insbesondere um die Einordnung des historischen Wertes der historischen Brücke, um genehmigungsfähige Optionen und Vorgaben aus Sicht des Denkmalschutzes zum weiteren Vorgehen, deren Kostenrahmen sowie um die Klärung möglicher Fördererszenarien gehen. In der zweiten Veranstaltung soll die Verkehrsbeziehung der Dammstraße und deren Bedeutung für die Stadt behandelt werden. Varianten sollen auf ihren Einfluss auf die innerstädtischen Verkehrsflüsse aller Mobilitätsformen, eine Verkehrsreduzierung, Kosten und auf die Vereinbarkeit mit der historischen Brücke diskutiert werden. Beide Veranstaltungen sind so schnell wie möglich durchzuführen, so dass dem Rat am 22.5.2023, spätestens am 26.6.2023, ausreichend Informationen zur Entscheidungsfindung über ein weiteres Vorgehen vorliegen.

(Quelle: Ratsinformationssystem der Stadt Hildesheim, Vorlage 23/089)

Unabhängige im Kreistag

Einbau von Raumluftechnischen Anlagen in Schulen des Landkreises

Zur Vermeidung von Gesundheitsrisiken für Schülerinnen und Schüler hatte sich die Kreisfraktion der Unabhängigen frühzeitig und intensiv dafür eingesetzt, notwendige Vorsorgemaßnahmen umzusetzen. Zuletzt war entschieden worden, in zahlreichen Klassenräumen der Schulen des Landkreises Raumluftechnische (RLT) Anlagen einzubauen. Die Ausschreibungen führten zunächst nicht bei allen Schulen zum Erfolg. Deshalb habe ich für die betroffenen Schulen (Oberschulen Harsum, Ottbergen und Söhlde, Michelsenschule und Gymnasium Himmelsthür) eine nochmalige Ausschreibung beantragt. Diese führte für vier Schulen zu einem positiven Ergebnis. Für das Gymnasium Himmelsthür ist eine weitere Ausschreibung beschlossen worden. Entscheidend für die Umsetzung der Maßnahmen war auch, dass sich die RLT-Anlagen nach den durchgeführten Wirtschaftlichkeitsberechnungen durch die installierte Wärmerückgewinnung amortisieren.

gez. Josef Stuke
Fraktionsvorsitzender

Die FDP-Fraktion und die Fraktion der Unabhängigen haben beantragt, den Tagesordnungspunkt Berufsbildende Schulen „Phase 0“ zu der Sitzung des Schulausschusses am 23.02.2023 sowie zur nächsten Kreisausschusssitzung und zur nächsten Kreistagssitzung aufzunehmen und über den nachfolgenden Beschlussvorschlag abzustimmen:

Beschlussvorschlag:

Wegen der drängenden Sanierungs- und Modernisierungsnotwendigkeiten der Schulgebäude der Werner-von-Siemens-Schule, der Walter-Gropius-Schule und der Hermann-Nohl-Schule wird der vorbereitende Beschluss über den Abschlussbericht zur „Phase 0“ und bzgl. der entsprechenden Handlungsempfehlungen bis spätestens zur Sitzung des Kreis Ausschusses am 26.06.2023 gefasst (auf die Vorlage 255/XIX vom 24.08.2022 wird Bezug genommen), sodass der Kreistag am 29.06.2023 abschließend entscheiden kann.

Weiter werden sich der Landkreis Hildesheim und die Stadt Hildesheim bemühen, bis zum 26.06.2023 ihr gegenseitiges Einvernehmen bzgl. der offenen Grundstücksfragen herzustellen.

Zur Begründung führen sie aus:

In der Verwaltungsvorlage 255/XIX vom 24.08.2022 heißt es im (gefassten) Beschlussvorschlag:

„Die Planungen zur „Phase 0“ konzentrieren sich auf die bisher einbezogenen drei beruflichen Schulen. Wegen der drängenden Sanierungs- und Modernisierungsnotwendigkeiten in den betroffenen Gebäuden wird der Beschluss über den Abschlussbericht zur „Phase 0“ und die entsprechenden Handlungsempfehlungen in 2022 angestrebt.“

Bereits mit Kreistagsbeschluss vom 10.12.2020 zu dem Antrag 512/XVIII wurde die parallele Durchführung der „Phase 0“ für die Werner-von-Siemens-Schule, die Walter-Gropius-Schule und die Herman-Nohl-Schule beschlossen. Die weitere Vorlage 1063/XVIII wurde im Ausschuss für Bau und Kreisentwicklung am 15.03.2021 zur Kenntnis genommen. Seit mehr als zwei Jahren beschäftigen sich Landkreisverwaltung und Kreistag mit der „Phase 0“.

Dies führt zu erheblicher Verunsicherung bei allen Beteiligten, insbesondere bei den betroffenen Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern. Eine weitere Hängepartie und Entscheidungsunfähigkeit seitens der öffentlichen Verwaltungen geht zu Lasten des Bildungsstandortes im Landkreis Hildesheim und ist nicht länger hinnehmbar.

Anmerkung: Am 15.03.2023 wird es eine Sondersitzung der zuständigen Fachausschüsse geben.

Weiter haben die FDP-Fraktion und die Fraktion der Unabhängigen beantragt, den Tagesordnungspunkt Volkshochschule Hildesheim gGmbH zur Sitzung des Schulausschusses am 23.02.2023 sowie zur nächsten Kreis Ausschusssitzung und zur nächsten Kreistagssitzung aufzunehmen und über den nachfolgenden Beschlussvorschlag abzustimmen:

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung des Landkreises Hildesheim wird bis spätestens zum 12.05.2023 die Verträge zur Neustrukturierung der Volkshochschule Hildesheim gGmbH (u.a. Erwerb von Geschäftsanteilen an der Volkshochschule gGmbH vom „Volkshochschule Hildesheim e.V.“ durch den Landkreis Hildesheim, die Landkreis Hildesheim Holding GmbH und die Stadt Hildesheim) als finale Entwurfsfassungen dem Finanzausschuss A1 und dem Kreis Ausschuss zuleiten, sodass der

- Finanzausschuss A1 am 15.05.2023,
- der Kreis Ausschuss am 22.05.2023 und
- der Kreistag am 29.06.2023 dazu Beschlüsse fassen kann.

Hier führen sie zur Begründung aus:

Nach Auskunft der Verwaltung (u.a. im Finanzausschuss A1 am 13.02.2023) erkennt die Finanzverwaltung in der derzeitigen Beteiligung der Gesellschafter an der Volkshochschule Hildesheim gGmbH eine sog. steuerliche verdeckte Gewinnausschüttung. In der Folge zahlt der Landkreis Hildesheim jährlich EUR 300.000,00 an Steuern zusätzlich (EUR 25.000,00 monatlich). Jeder Monat Verzögerung bei der Umstrukturierung der gesellschaftsrechtlichen Beteiligungen an der Volkshochschule Hildesheim gGmbH kostet das Geld der Steuerzahler, ohne dass hier ein Mehrwert generiert wird. Aus diesem Grunde ist Eile geboten.

Unabhängige im Landkreis Hildesheim

Die Unabhängigen im Landkreis Hildesheim haben in diesem Jahr wieder ihre alljährliche Braunkohlwanderung durchgeführt, an der viele ihrer Mitglieder aus unterschiedlichen Mitgliedskommunen teilgenommen haben. Bei bestem Wetter ging es mit guter Laune von Duingen zum Leineberglandbalkon auf den Kamm des Duinger Berges. Dort bot sich den Wanderern ein erstklassiger Blick über das Kühltal hinweg, bis zur Skyline von Hannover im Norden und bis zum Brocken (Harz) im Südosten.



Unterwegs erhielten die Wanderer von ihrem Mitglied **Wolfgang Schulz**, der auch Tourismusbeauftragter des Flecken Duingen ist, Informationen zu Duingen, dem Pottlandkonzept, mit diversen Angeboten und auch zum Ith-Hils-Weg. Am Leineberglandbalkon angekommen, wurden den fleißigen Wanderern Getränke und Speisen gereicht. **Mark Hollstein** (WGL und stellvertr. Bürgermeister von Duingen) hatte eine perfekte Pausenstation vorbereitet. Mit vielen neuen Eindrücken und Erkenntnissen (u. a. gelebter Klimaschutz seit 2010) ging es anschließend durch den Wald zurück Richtung Ratskeller, wo der Abend mit einem Braunkohl-essen, an welchem auch Nicht-Wanderer teilgenommen haben, nicht so schnell endete. Die Teilnehmer waren sich einig, dass man seinen eigenen Landkreis und die erlebbare Vielfalt im Grunde nur sehr begrenzt kennt. Räumliche wechselnde Veranstaltungen sollen auch in Zukunft weiter durchgeführt werden.



Blick vom Leineberglandbalkon
Richtung Sieben Berge



Auf dem Rückweg die Aussicht genossen

Unabhängige in Nordstemmen

Nach der Fällung etlicher Alleebäume in der Straße „Am Paradies“ reißt die Kritik an der Verwaltung nicht ab. Im Ortsrat zeigten Bauamtsleiter Florian Schwindt und Verwaltungsmitarbeiterin Heidrun Finke Verständnis für den Unmut der Burgstemmer und räumten Fehler in Sachen Kommunikation ein. Nach Meinung von Anwohnern hätte sie die Verwaltung über die geplanten Maßnahmen vorab informieren müssen. Zuvor hatte bereits Ortsbürgermeister **Ulf Moldenhauer** moniert, dass der Ortsrat erst sehr kurzfristig am Morgen der Fällung über das Vorhaben in Kenntnis gesetzt worden sei. Erst nach der Fällung der Eschen habe es einen Ortstermin gegeben. **Moldenhauer** hätte sich diesen bereits im Vorfeld der Aktion gewünscht. Warum die Eschen gefällt werden mussten, erläuterte Heidrun Finke. Demnach waren die von einem externen Fachmann begutachteten Bäume morsch und nicht mehr standsicher. Im Konflikt zwischen Naturschutz und Kettensäge gibt es der Verwaltungsmitarbeiterin zufolge nur eine Lösung: „Im Zweifel geht die Verkehrssicherheit vor.“ Im Sommer soll es einen gemeinsamen Termin der zuständigen Behörden mit dem Ortsrat, den Anwohnern und Vertretern des Vereins „Dorfkultur“ geben. Der Burgstemmer Verein gehört seit vergangem Jahr zu den „Alleepaten für Niedersachsen“ und macht sich für Schutz und Erhalt der örtlichen Alleen stark. Im Dialog soll erarbeitet werden, wie die Allee weiterentwickelt werden kann. Eins steht bereits fest: Eschen kommen als Ersatzpflanzung nicht in Frage. Die Bäume sind durch einen Pilz stark gefährdet.

Auch das Thema Hochwasserschutz wird das Dorf noch eine Weile beschäftigen. Im Auftrag der Kommune hat ein Ingenieurbüro Osterbach und Goldbeeke genauer unter die Lupe genommen. Das Ergebnis der Bestandsanalyse fasste Florian Schwindt so zusammen: „Leichter Landregen ist kein Problem. Rechnerisch hört es dann auf.“

Um die kleinen Burgstemmer Fließgewässer innerorts für Starkregenfälle und ein Jahrhunderthochwasser (HQ 100) fit zu machen, schlagen die Fachleute verschiedene Maßnahmen wie den Rückbau von baulichen Hindernissen, die Aufweitung von Querprofilen oder Ufererhöhungen vor. Auch ein sogenannter Bypass könnte helfen, die von der Goldbeeke ausgehende Hochwassergefahr zu minimieren. Hinter dem Begriff versteckt sich ein Kanalsystem, über das das Wasser, das der Bach nicht aufnehmen kann, seitlich abgeführt wird. Zu welchem Preis der Hochwasserschutz innerorts zu haben ist, konnte Florian Schwindt noch nicht beziffern. Wie der Bauamtsleiter ankündigte, wird die Kommune das Gespräch mit den Anliegern suchen. Dabei wird zum einen die Umsetzbarkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen Thema sein.

Willkommen sind aber auch Vorschläge der Burgstemmer, deren Anregungen bei den Planungen berücksichtigt werden sollen.

Dabei dürfte auch ein Vorschlag wieder aus der Schublade geholt werden, der bereits nach dem Hochwasser 2017 auf den Tisch gekommen war und an den **Ulf Moldenhauer** noch einmal erinnerte. Um das Wasser aus Richtung Hildesheimer Wald abzufangen, hatten die Burgstemmer seinerzeit den Bau eines Regenrückhaltebeckens auf einer Wiese außerhalb des Dorfes vorgeschlagen, war beim Landkreis aber auf taube Ohren gestoßen. Der Ortsbürgermeister zeigte sich überzeugt: „Die Landwirte würden Flächen dafür zur Verfügung stellen.“

Eine Lösung wünschen sich die lärmgeplagten Burgstemmer außerdem in Sachen Schwerlastverkehr. Das gilt nicht zuletzt für die Transporte in Richtung Zuckerfabrik Nordstemmen. Für die Fahrer von Rübentransporten aus Richtung Northeim wie aus dem Bereich Hameln/Elze gilt eigentlich, dass die Anfahrt über die Bundesstraße 3 erfolgen soll. Die Speditionen sind von Seiten der Zuckerfabrik angewiesen, die Umgehungsstraße zu nutzen. Doch zum Leidwesen der Burgstemmer halten sich nicht alle Brummifahrer daran. **Moldenhauer** will nun erneut das Gespräch mit der Nordzucker AG suchen.

(Quelle: LDZ 11.02.2023 von Ann-Cathrin Oelkers)

Für die Dauerthemen, die Adensen und Hallerburg zum Teil seit Jahren und Jahrzehnten beschäftigen, ist weiterhin kein gutes Ende in Sicht. Schon „gefühlte 30 Jahre“ warten die Adenser laut Ortsbürgermeister **Oliver Riechelmann** auf die Sanierung der K 506. Für das Jahr 2024 stehen im Haushalt des Landkreises Mittel für die Bauarbeiten zur Verfügung. Gleichwohl sind die Adenser skeptisch, ob in einem Jahr tatsächlich die Bagger rollen werden. Immerhin gibt es etwas Hoffnung hinsichtlich des Gehwegs, den sich die Bevölkerung entlang der K 506 zwischen den Straßen „Sülfenfeld“ und „Am Mühlenfeld“ wünscht. Das Problem auf dem Teilstück sind die zwei wasserführenden Gräben links und rechts der Fahrbahn. Derzeit prüft der Landkreis, ob die Verrohrung eines Grabens möglich ist. Sollte dies der Fall sein, könnte laut **Oliver Riechelmann** auch ein Fußweg gebaut werden.

Deutlich mehr Bewegung wünscht sich der Ortsrat außerdem mit Blick auf die Hallerbrücke. Wie Verwaltungsmitarbeiter Timm Kujath berichtete, hat die Untere Naturschutzbehörde der Region Hannover im Verfahren zugunsten des Brückenneubaus Stellung genommen. Die Behörde wünscht sich eine langfristige Lösung, bei der die Eingriffe in die Natur möglichst gering gehalten werden. Was eine Baugrunduntersuchung ergeben hat, konnte Kujath noch nicht mitteilen. Das Ergebnis der Bodenproben für den Brückenneubau am alten Standort steht noch aus. Das gilt auch für die Lösung eines zwischen dem Grundstückseigentümer und der Stadt Springe strittigen Punkts. Der Eigentümer wünscht sich eine Holzbrücke, die Stadt Springe lehnt das aus Wartungsgründen ab. „Man ist an einer Lösung dran“, so **Riechelmann**.

Bei besagter Lösung könnte es sich um eine von der Unteren Naturschutzbehörde vorgeschlagene Stahlkonstruktion handeln, die farblich so gestaltet wird, dass sie sich in das Landschaftsbild einfügt.

Noch in diesem Jahr soll die Sanierung der Sanitäranlagen in der Rolf-Gerke-Halle beginnen. Der genaue Termin steht allerdings noch nicht fest. Laut Kujath sollen zunächst die Herrenduschen instand gesetzt werden, bevor 2024 die Damenduschen in Angriff genommen werden.



Auch in Sachen Wärmenetz müssen sich die Dorfbewohner noch ein wenig in Geduld üben. **Oliver Riechermann** zufolge wartet die Initiativgruppe auf das hydraulische Gutachten. Er rechnet damit, dass das Gutachten bis Ende Mai vorliegt und bis dahin Aussage zur Größe des Wärmenetzes und Preisen gemacht werden können.

(Quelle Text+Foto: LDZ 18.02.2023 von Ann-Cathrin Oelkers)

Unabhängige in Sarstedt

Die Gruppe FDP/Unabhängige hat einen Antrag zur Prüfung auf Bereitstellung von Parkflächen im Bereich Hans-Henning-Brandes-Straße gestellt.

Sie bitten den Antrag in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt am 13.04.2023 und in der darauffolgenden Ratssitzung beraten und beschließen zu lassen. Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob rund um die neue Bahnunterführung (Bereich Hans-Henning-Brandes-Straße/Friedrich-Ludwig-Jahn-Straße) Flächen zur Verfügung stehen, auf denen neue Parkplätze eingerichtet werden könnten und mit welchen Kosten verschiedene Alternativen zu realisieren wären. Die Ergebnisse sollen anschließend den Ratsgremien zur Entscheidung vorgelegt werden.

Zur Begründung führt die Gruppe aus:

Im Rahmen der geplanten Straßensanierung des Nordrings/Brückenstraße (L410) soll ein Radweg entlang dieser Straße und auf gleicher Straßenhöhe entstehen. Im Bereich der Kreuzung Brückenstraße/Friedrich-Ludwig-Jahn-Straße ist das nach dem Bau der neuen Bahnunterführung bereits der Fall. Aus diesem Grund werden zahlreiche bestehende Parkmöglichkeiten am Straßenrand des Nordrings/Brückenstraße, insbesondere für die betreffenden Anwohnerinnen und Anwohner, entfallen. Somit stellt sich die Frage, wo deren Fahrzeuge zukünftig wohnungsnah abgestellt werden können. Die Stadt Sarstedt hat im Rahmen des Baus der neuen Bahnunterführung die Grundstücksflächen der ehemaligen Fachmärkte an der o.g. Kreuzung (ehemals KIK/Takko) gekauft und abreißen lassen. Dabei wurde nicht die gesamte Grundstücksfläche für das Unterführungsbauwerk benötigt. Hier bieten sich alternative Parkflächen in der Nähe für die aus zuvor genannten Gründen wegfallenden an. Solche Parkflächen könnten gezielt durch die Stadt an Anwohnerinnen und Anwohner zur Verfügung gestellt oder ggf. auch vermietet werden. Auf der Basis der durch die Verwaltung erstellten Prüfungsergebnisse über alternative Parkmöglichkeiten und deren Kosten, kann dann der Rat entscheiden, ob, wo und welche Ersatzparkflächen zu erstellen sind.

Unabhängige in Sibbesse

Mit Antrag vom 25.08.2022 hat die Gruppe CDU-Unabhängige u.a. beantragt, eine „Familienzzeit“ in den Betriebszeiten der Schwimmhalle zu berücksichtigen sowie zur Verbesserung dieses Angebotes Wasserspielzeug anzuschaffen. Wir berichteten hierzu bereits.

Nun stand noch die Anschaffung von Wasserspielzeug auf der Tagesordnung. Hier sind bei der Auswahl eines solchen Spielzeuges Sicherheitsabstände zu den Beckenrändern, Betriebssicherheit sowie die Möglichkeit, dass die Badeaufsicht das Spielgerät allein auf- und abbauen kann, zu berücksichtigen. Der Ausschuss für Bauverwaltung und Brandschutz hat sich in seiner Sitzung am 02.02.2023 für die Anschaffung ausgesprochen.

Unabhängige in Söhle

Wir berichteten bereits im Oktober 2022, dass die Gruppe 21 eine Anfrage an die Verwaltung gestellt hat in der sie u.a. wissen wollten, wie viele der Eltern aus den Vormittagsgruppen sich eine Ganztagsbetreuung wünschen, eine erweiterte Vormittagsbetreuung und wie hoch dafür der zusätzlichen Personal- und Finanzbedarf ist. Die Verwaltung wurde in der entsprechenden Sitzung beauftragt, den Bedarf nach erweiterten Betreuungszeiten zu ermitteln. Nunmehr stand das Thema auf der Tagesordnung des Ausschusses für Jugend, Bildung und Soziales. Da es sich seinerzeit nur um einen Prüfauftrag handelte, irritierte die Politiker nun, dass die Änderungen zum Beschluss auf der Tagesordnung standen. „Es kann doch nicht sein, dass wir heute entscheiden und danach erst den Bedarf bei den Eltern abfragen.“ So **Uwe Meinhardt**. Nach langer Diskussion wurde das Thema von der Tagesordnung genommen. Es soll nun erneut beraten werden und zwar diesmal mit Vertretern aus der Elternschaft und Kitas zusammen.

Wir engagieren uns:

Sören Kreipe wurde während der Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Adensen-Hallerburg zum Oberfeuerwehrmann befördert. Herzlichen Glückwunsch!

Impressum:

Infobrief Die Unabhängigen im Landkreis Hildesheim – Heideweg 1– 31199 Diekholzen, Uwe Steinhäuser – Ulrich Bantelmann

Sekretariat: fon 05121 3092771 – fax 05121 3092779 - mail vorstand@u-hi.de.

Die Auswahl der Informationen in diesem Newsletter erfolgte mit größter Sorgfalt. Eine Haftung für die Richtigkeit kann nicht übernommen werden. Sie wollen den Infobrief nicht mehr erhalten oder sich anmelden -> Bitte eine E-Mail an: vorstand@u-hi.de